

Laibacher Zeitung.



Nr. 47.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Dienstag, 26. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Seiten 25 fr., größere pr. Zeile 6 fr.; bei älteren Wiederholungen pr. Zeile 3 fr.

1878.

Mit 1. März

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung“.

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende März:

Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " —
Im Comptoir abgeholt	92 "
Für die Zeit vom 1. März bis Ende Juni:	
Mit Post unter Schleifen	5 fl. — fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	4 " — "
Im Comptoir abgeholt	3 " 68 "

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 23. Februar d. J. dem Ministerialrathe des Ministerialhofspräsidiums, in Verwendung bei dem Minister Dr. Biemiatkowski, Philipp Ritter v. Zaleski in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. Februar d. J. dem Hofsämterdirektor des Wiener Handelsgerichtes Johann Kubasta in Anerkennung seiner treuen, sehr erproblichen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreichischer Reichsrath.

345. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 23. Februar.

Die Spezialberathung über den allgemeinen Zolltarif wird fortgesetzt. Die Abtheilungen 22 bis 27, Eswaren, Holz, Kohlen und Torf, Drechsler- und Schnitzstoffe, Mineralien, Arznei- und Parfümeriestoffe und Farb- und Gerbstoffe werden nach der Ausschusvorlage angenommen.

Zur Tarifabtheilung 25, Mineralien sind frei, ergreift das Wort

Abg. Pfeifer, indem er darauf hinweist, daß sich die in Krain bezüglich der Farberden gebildeten Industrien nur durch den bisher bestandenen Zollschutz von 1 fl. 60 fr. hätten erhalten können und daß dieselben nun, wenn die Einfuhr frei sein werde, der ausländischen Industrie unterliegen würden. Redner beantragt für die Tarifpost 25 folgende Fassung: „Mineralien, a) Steine, roh oder blos behauen oder gesägt, Erze, auch aufbereitet, sind frei; b) Farberden und rohe mineralische Stoffe, auch gebrannt, geschlemmt oder gemahlen, per 100 Kilogramm 1 fl. 60 fr.“

Berichterstatter Abg. Gomperz bemerkt, daß der Ausschuß darüber nachgedacht habe, ob es nicht angezeigt wäre, den Unterschied zwischen den beiden Kategorien zu machen, welchen der Abgeordnete Pfeifer in Antrag gebracht hat, daß man aber davon abgestanden sei, weil die Arbeit bei der Erzeugung der erwähnten Stoffe eine höchst unbedeutende sei und daher einen Zollschutz nicht in Anspruch nehmen könne. Redner beantragt die Annahme der Ausschusshandlungen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Pfeifer abgelehnt und die Tarifabtheilung 25 nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Bei Abtheilung 28, Gummen, Theer und Mineralöle, liegen zwei Ausschusshandlungen vor. Die Majorität, vertreten vom Abgeordneten Eduard Sues, beantragt

folgende Zollsätze: für rohes Mineralöl, das zu Beleuchtungszwecken ohne vorausgegangene Raffinierung

nicht verwendbar ist, bei einer Dichte von mehr als 830 Grad 60 fr., bei einer Dichte unter 830 Grad

1 fl.; für rohes Mineralöl, das aber schon zu Beleuchtungszwecken verwendbar ist, 3 fl.; für raffiniertes

schweres Mineralöl (über 850 Grad) 1 fl. 50 fr.; für leichtes (unter 850 Grad) 3 fl. Die Minorität,

vertreten vom Abg. Dr. Menger, beantragt: Rotes

Mineralöl, ohne Raffinierung zur Beleuchtung nicht

verwendbar, frei; sonstiges rohes Mineralöl sowie raf-

finiertes unter 850 Grad 1 fl. 50 fr. und raffiniertes über 850 Grad 60 fr. Die wichtigste Position betrifft das rohe, zur Beleuchtung taugliche Petroleum. Die Regierung schlägt 8 fl. vor, die Ausschusshandlung, die Minorität 1 fl. 50 fr.

Abg. Dr. Menger schildert in ausführlicher Rede die schwere Schädigung der kleinen Hausindustrie durch hohe Petroleumzölle, und gibt eine drastische Darstellung von den traurigen Zuständen der Petroleumgewinnung in Galizien. Eine Besserung könne erst eintreten, wenn das Graben nach Petroleum wieder unter das Bergrecht subsummiert wird, wogegen sich aber der galizische Landtag entschieden sträubt. Mit der Verhinderung des Petroleum wird aber auch die Raffinerie sowie die Benzin- und die Dicksäureindustrie gefährdet. Der Redner empfiehlt Ersparungen im Staatshaushalt und tadeln die Regierung, daß sie in dieser Richtung keinen Ernst zeige. Er vertheidigt den niedrigen Zollsatz von 1 fl. 50 fr.

Als Redner sind vorgemerkt für die Minorität die Abgeordneten Dr. Promber, Dr. Delz, Dr. Kronawetter, Dr. Heilsberg, Stendel, Dr. Foregger, Fürst aus Mähren, Hanisch, Sandner und Dr. Hoffer; für die Majorität Dr. Fanderlik, Dr. Mises und Kowalski.

Abg. Dr. Promber ist gleichfalls wie Menger für Ersparungen, und zwar vor allem durch eine Armeereduction. Die Besteuerung des Petroleums bedeute einen kulturellen Rückschritt, denn das Petroleum sei das Licht des Mittelstandes und des armen Mannes. Er ist für einen Zoll von 1 fl. 50 fr.

Abg. Dr. Fanderlik beantragt in ironischem Sinne die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, eines Zolles von 8 fl., damit die Regierung nicht gegen sich selbst stimmen müsse.

Abg. Dr. Delz wundert sich, warum man aus den Beleuchtungsstoffen gerade das Petroleum für die höhere Besteuerung ausgewählt hat, welches doch den unteren Klassen unentbehrlich geworden sei. Es sei dies eine Nachgiebigkeit gegen Ungarn. Er ist für 1 fl. 50 fr.

Abg. Dr. Mises vertheidigt mit Rücksicht auf die galizischen Verhältnisse den höheren Zollsatz.

Abg. Dr. Kronawetter meint, Petroleum sollte als ein Arbeitsmittel ganz steuerfrei sein, wie dies auch in einigen anderen Staaten der Fall ist. Er könnte den Zoll nur bewilligen, wenn die Regierung auch ihrerseits dem Volke größere politische Rechte bewilligte, z. B. das allgemeine Wahlrecht.

Abg. Kowalski tritt für einen Zollsatz von 3 fl. ein, als Schutz für die heimische Petroleum-Industrie.

Die Debatte wird für heute abgebrochen.

Die nächste Sitzung findet Dienstag den 26. Februar statt.

68. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 22. Februar.

Das Gesetz, betreffend die Verjährung der direkten Steuern und unmittelbaren Gebühren, wird in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ebenso werden die vom Abgeordnetenhaus betreffs der Rechnungslegung über das Notstandsanlehen gefassten Beschlüsse unverändert angenommen.

Nachdem gleicherweise das Gesetz über die Gebührenfreiheit eines Anleihens der Donauregulierungs-Kommission per 6.500.000 fl. in zweiter und dritter Lesung angenommen, wird dem Centralrechnungsabschlusse pro 1875 unter Aufrechthaltung der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Resolutionen das Absolutorium ertheilt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz, betreffend die Bestimmungen über die Veräußerung von Losen oder deren Gewinnhoffnung. Dasselbe wird den Anträgen der Kommission gemäß ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Der Tag der nächsten Sitzung ist unbekannt.

Aus dem englischen Parlamente.

In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 22. d. M. erklärte der Minister des Auswärtigen, Graf Derby, auf eine Anfrage Granville's: Er habe in einer Depeche am 13. Februar die Hoffnung ausgedrückt, daß Russland keine Truppenbewegung gegen Gallipoli oder eine derartige Truppenverschiebung machen werde,

welche die Verbindungen der englischen Flotte bedrohen würde. Infolge des Gerüsts, daß die Russen sich an den Balkanlinien konzentrierten, folgte am 15. Februar ein Memorandum in gleichem Sinne. Die Antwort hierauf, welche er am 18. Februar empfangen, constatierte, daß Russland sein Versprechen, Gallipoli nicht zu besetzen und in die Balkanlinien nicht einzurücken, aufrechterhalte. Gleichzeitig stellte Russland das Verlangen, daß keine englischen Truppen auf dem asiatischen oder europäischen Ufer der Dardanellen gelandet werden. Das englische Kabinett antwortete am 19ten Februar, es habe die gegebene Versicherung mit Genugthuung empfangen und sei bereit, derselben durch die Verpflichtung zu begegnen, keine Truppen auf dem europäischen Ufer der Dardanellen zu landen, hinzufügend, daß es bereit sei, diese Verpflichtung auf das asiatische Ufer auszudehnen, wenn es die Versicherung erhalte, daß Russland nicht beabsichtige, Truppen dorthin zu senden. — Russland erwiederte am 21. Februar: Es beabsichtige nicht, das asiatische Ufer der Dardanellen zu besetzen, falls England gleichfalls von einer solchen Besetzung abstehe. Die Depeche fahre fort: Falls England die Bedingung annimmt, Truppen weder auf dem europäischen noch auf dem asiatischen Ufer zu landen, werde Russland Gallipoli nicht besetzen. — Nach den neuesten Nachrichten befindet sich die britische Flotte in der Tuzlabai, welche von Konstantinopel entfernt als die Prinzen-Inseln, aber näher als die Mudaniabai ist; dies sei jedoch nicht auf Befehl der Regierung erfolgt.

Earl of Beaconsfield beantragte die zweite Lesung der Kreditbill. Alle Mächte — sagte der Premier — hätten Vorsichtsmaßregeln getroffen, und es werde allgemein angenommen, daß die Lösung der Orientfrage die Interessen aller Nationen berührt. Daher sei es nicht unbillig, daß auch England Vorsichtsmaßregeln treffe. (Beifall.) Es bestehet das allgemeine Gefühl, daß das Ende der Feindseligkeiten nahe sei, daß es jedoch indiscret wäre, dem Befall alles zu überlassen. Er wünsche hervorzuheben, daß, sei es, daß es England gelinge, zu einem ehrenhaften, dauernden Frieden beizutragen — und England wünscht dies herzlichst, — sei es, daß jene Bemühungen mißglückten und der Krieg sich ausdehne, es in jedem Falle unzweifelhaft politisch für England sei, sich in die Lage zu setzen, sein Wort geachtet zu sehen. (Lauter Beifall der Conservativen.) Er glaubt, die Kreditsforderung, welche im Unterhause mit so großer Majorität angenommen wurde, nicht weiter empfohlen zu müssen; sein Gefühl sei aber, daß, ob man nun zu einer Konferenz gehe oder in den Krieg ziehe, es höchst wichtig sei, daß England sich auf den Einfluß der Einigkeit des Reiches stütze. (Beifall.)

Granville erkennt den ruhigen, mäßigen Ton Beaconsfields an; obwohl er für den Kredit nicht eingenommen sei, könne er nicht dagegen stimmen; er bedauert die kriegerischen Reden der Minister während der Debatte im Unterhause. Die Entsendung der Flotte war ein Kriegsfall für Russland und die Türkei. Er sei erfreut, aus der Erklärung Derby's zu ersehen, daß sie nicht so angesehen werde. Nach kurzer Debatte passierte hierauf die Bill in zweiter Lesung und vertagte sich das Haus.

Die Vorgänge in Konstantinopel.

Über die Stimmung in den türkischen Regierungskreisen und die Ereignisse im kaiserlichen Palais nach dem Einlaufen der englischen Flotte in die Dardanellen geht der „Pol. Kor. von ihrem Berichterstatter aus Konstantinopel folgende, vom 15. d. datierte dramatisch bewegte Darstellung zu:

Die englische Flotte, welche ein Scherwatt in Verlust gerathen ließ, ist Dienstag früh in den Dardanellen „aufgefunden“ worden und liegt im gegenwärtigen Augenblick im Marmara-Meere zwischen den Prinzeninseln und dem Dorfe Kadi-Keni vor Anker. Der seit drei Tagen in Konstantinopel wütende Schneesturm hatte ihre Vorwärtsbewegung am Donnerstag verhindert, und zum Ueberflusse hatte sich auch noch das Admiralschiff „Alexandra“ gegenüber von Gallipoli festgerammt. Einen ganzen Tag benötigte man zur Flottmachung derselben, und inzwischen zwielte sich im Palaste, wo die hervorragendsten Staatswürdenträger über Berufung des Sultans sich versammelt hatten, eine wahrhaft dramatische Szene ab. Tagszuvor war bekanntlich der erste Dragoman der russischen Botschaft, Herr Onou, mit einer dringenden Mission an die

Pforte aus dem Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus eingetroffen und beim deutschen Konsul abgestiegen. Er begab sich Dienstag um 1 Uhr mittags zu Server Pascha, um ihm den Zweck seiner Sendung mitzuteilen. Onou erklärte im Ministerium, daß, nachdem der russische Botschafter in London dem Großfürsten den Entschluß Englands, in die Meerenge einzufahren, bekannt gegeben habe, die russischen Truppen in dem Augenblick, als die englische Flotte in Sicht käme, nach Konstantinopel marschieren und die Vorstädte Pera, Galata, Haskeni und Tatalya besetzen würden. Außerdem eröffnete er Server Pascha, daß ein russischer Abgesandter mit den Truppen gleichzeitig einrücken, im Gefandtschaftspalais absteigen und das russische Wappen auf demselben wieder anbringen werde, um für die öffentliche Ruhe und Sicherheit Sorge zu tragen. Schließlich hatte Herr Onou den Auftrag, von der Regierung die sofortige Schließung des Parlamentes zu verlangen.

Auf diese Eröffnungen hin begab sich Server Pascha in aller Eile nach dem Palaste, wo der Ministerrath bereits versammelt war. Man beschloß sofort einen außerordentlichen großen Rath einzuberufen und zu demselben außer den Ministern die ehemaligen Großveziere, die Paschas, die hervorragenden Ulemas, die hohen Würdenträger, die Präsidenten der Kammer und des Senates, eine Anzahl Deputierter und die gesammte Bürgel, d. i. die hohe Aristokratie des Staates, beizuziehen.

Einige Stunden später war der große Rath beisammen. Man zählte 75 Mitglieder. Der Sultan, welcher sich in der Zwischenzeit mit seinem ersten Adjutanten Mehemed Pascha in einen Salon seines Palastes zurückgezogen hatte, ließ sich eine Reliefkarte der Umgebung von Konstantinopel bringen und studierte dieselbe mit Eifer, um über die Möglichkeit, den Vormarsch der Russen zu hemmen, sich klar zu werden. Als der Sultan sich zum großen Rath begab, überreichte ihm Server Pascha ein über seinen Auftrag verfaßtes Exposé der Lage. Vor Eröffnung der Sitzung las Abdul Hamid dieses Exposé mit vor Bewegung zitternder, kaum vernehmbarer Stimme vor. Die Versammlung hörte lautlos zu. „Nicht ich, mein Volk hat den Krieg gewollt,“ rief der Sultan, nachdem er das Exposé verlesen hatte, aus, „wir wurden besiegt, und Ihr seht nun, wohin wir gelangt sind. Die Engländer ließen mich wissen, daß sie die Durchfahrt durch die Meerengen forcieren würden, wenn ich mich derselben widersezen wollte, während anderseits die Russen mit der militärischen Besetzung Konstantinopels im Falle der Einfahrt der englischen Flotte in den Bosporus drohen. Ich habe Euch rufen lassen, damit wir zusammen über die Lage schlüssig werden.“ Sich an die Generäle in der Versammlung wendend, fragte der Sultan: „Ist es möglich, den Vormarsch der Russen aufzuhalten und die Besetzung der Hauptstadt zu verhindern?“ „Nein!“ antwortete man ihm. Sodann ergriff Neou Pascha das Wort und sagte, man müsse den Großfürsten Nikolaus bitten, sich auf die Besetzung der Umgebung Konstantinopels zu beschränken. Man beschloß sofort, daß der Sultan ein in diesem Sinne abgefaßtes Telegramm an den Zaren richten solle, was auch noch während der Sitzung geschah.

Die Discussion wurde sodann wieder aufgenommen und gestaltete sich alsbald zu einer sehr stürmischen. Ueber das Eindringen der englischen Flotte interpellierte, erklärte Achmed Befik, daß man sich bei der Unmöglichkeit, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen, auf einen bloßen Protest beschränkt habe, um sich nicht statt eines, zwei Feinde auf den Hals zu laden. „Das ist ein unverzeihlicher Fehler,“ rief der ehemalige Gouverneur von Saloniki, Russel Pascha, aus. „Ihr habt ein doppeltes Interesse zu wahren, eine nationale und gleichzeitig internationale Pflicht zu erfüllen, und habt keines von beiden gethan! Wenn irgend einer auswärtigen Macht, so mußte man England vor allem die Einfahrt verwehren, jener Macht, über welche wir uns so sehr zu beklagen haben. Ihr aber tragt den wirklichen Interessen des Landes keine Rechnung, sondern seid nur stets bemüht, das Wohlgefallen Layards zu erringen.“ Dem ehemaligen Großvezier Mehemed Ruchdi Pascha, der zur Vertheidigung Achmed Befiks das Wort nahm, erwiderte Russel Pascha, daß er gar nicht das Recht habe, angehoben der Katastrophe, welcher das Reich anheimgefallen sei, zu sprechen, da seine Politik es hauptsächlich gewesen sei, die den Staat an den Rand des Abgrundes gebracht habe. Und da Mehemed Ruchdi dagegen Einprache erheben wollte, unterbrach ihn Russel Pascha mit Hestigkeit: „Ihr, ja Ihr, die Ihr Eure Stütze nur bei England gesucht habt, obwohl Ihr wohl wußtet, daß die Engländer niemals ihre Versprechungen halten. Nein, und abermals nein, nicht bei Herrn Layard dürfen die Angelegenheiten der Türkei verhandelt werden.“

Einige machten den Vorschlag, sich dem Einmarsche der Russen um jeden Preis zu widersezen und bis auf den letzten Mann kämpfend unter den Mauern Stambuls zu fallen. Habe man nicht mit den erwarteten Verstärkungen über 30- bis 40,000 Mann zu verfügen? Habe man nicht Schakir Paschas Corps in Russland? Man möge die Bürgergarde auf die

lebsten Bollwerke des Vaterlandes rufen, die gesammte ständige Bevölkerung bewaffnen u. s. w. Man legte dem Sultan Landkarten, Pläne, Truppenausweise vor und schlug die Errichtung einer neuen Vertheidigungsline von Tschelmedje bis zum Belgrader Walde und zum Schwarzen Meere vor. Schweigend, betrübt den thränenumflorten Blick durch die hohen Fenster seines Kiosks auf den Palast in Dolma-Bagdsche und auf die Wässer des Bosporus richtend, hörte Abdul Hamid zu. Plötzlich erhob er sich und verabschiedete die Versammlung, ohne daß dieselbe zu irgend einem Entschluß gekommen wäre.

Der Ministerrath einigte sich hierauf bezüglich mehrerer Maßnahmen. Die erste und weittragendste war die Vertagung der Kammer, die auch bereits Donnerstag abends den Deputierten notificiert wurde, die zweite betraf die Sendung Namik Pascha's nach Adrianopel, um sich mit dem Großfürsten Nikolaus wegen des Einmarsches der Russen ins Einvernehmen zu setzen; die dritte bestand in einem Proteste gegen die Einfahrt der englischen Escadre im den Bosporus.

Tagesneuigkeiten.

— (Graf Sandor †.) Samstag starb in Wien in seinem Palais auf der Seilerstätte Moriz Graf Sandor, der Vater der Fürstin Pauline Metternich, im dreihundertsechzigsten Lebensjahr. Graf Sandor war vor Jahren bekanntlich durch kühne Reiterstücke und mancherlei Originalitäten eine der populärsten Persönlichkeiten Wiens; er starb an Gehirnerweichung. Graf Sandor zählte zu den berühmtesten Sportsmen der Monarchie. Für ihn gab es kein Wagstück, das er nicht ausgeführt hätte. Zu den bekanntesten zählen sein Uebersezzen eines hochbeladenen Wagens, ein Kunststück, welches er in der Leopoldstadt ausführte, und die Fahrt mit einem vierspannigen Wagen von Osten über die Stiege herab zur Donau. Vor dem Jahre 1848 war es sein Bravourstück bei der Rückkehr aus dem Prater, mit seinem Pferde die Hütte einer Debstlerin nächst der Ferdinandbrücke zu übersezzen. Eines Tages wollte er einem seiner Verwandten in der Herrengasse einen Besuch machen, er sprangte einfach ins Hausthor, ritt die Treppen hinauf, sprang vor der Thüre vom Pferde und trat ins Zimmer. Sein Aufzug zu den Mäsfahrten im Prater, einmal mit vier, einmal sogar mit sechs neben einander gekoppelten Pferden, erregte stets Sensation. Nicht immer war ihm das Glück treu, er stürzte oft und mag in seinem Leben ein Dutzend Bein- und ebenso viele Armbreüche davongetragen haben. In den Sechzigerjahren erkrankte er und gab den Sport vollständig auf. Seitdem lebte er zurückgezogen, bis jetzt der Tod seinem vielbewegten Leben ein Ende machte. Er hinterläßt ein bedeutendes Vermögen, das auf seine einzige Tochter, die Fürstin Metternich, übergeht.

— (Österreichs Telegraphenverkehr im Jahre 1877.) Der Depeschenverkehr des österreichischen Telegraphen im Jahre 1877 betrug 4.740.691 Telegramme, mithin gegen das Vorjahr, welches nur 4 Millionen 412.751 Depeschen und Telegrafenavisi aufzuweisen hatte, eine Zunahme um 327.940 Telegramme. Diese Steigerung ist zunächst den Telegrafenavisi in Rechnung zu stellen. Die Telegrafenavisi, welche im Jahre 1876 im ganzen die Ziffer von 685.362 Stück erreichten, überschritten im Jahre 1877 bereits im November die stattliche Zahl von einer Million um ein Bedeutendes. Dem entsprechend findet sich denn auch in den eingehobenen Tarifgebühren eine relative Abnahme. Dieselben betrugen nämlich im Jahre 1877: 2.865.368 fl. und im Jahre 1876: 2.783.260 fl. Der Depesche entfällt hienach im Jahre 1876 ein Betrag von 63.1 kr. im Jahre 1877 hingegen nur noch ein Betrag von 60.4 kr. Aus den Details sei hergehoben, daß die internen Staatsdepeschen von 63.326 im Jahre 1876 auf 55.892 im Jahre 1877 zurückgingen, während die nicht internen Staatsdepeschen von 8634 im Jahre 1876 auf 8803 im Jahre 1877 stiegen. Die Gesamtzahl der aufgegebenen Privatdepeschen betrug im Gegenstandsjahre 4.032.838, im Vorjahr 3.747.580 Telegramme. Die Zahl der angelkommenen nicht internen gebürgpflichtigen Depeschen betrug 8707 Staats- und 634.451 Privattelegramme. Unter den einzelnen Kronländern nimmt, wie gewöhnlich, Niederösterreich mit 1.403.391 Telegrammen und 1.148.760 fl. an eingehobenen Tarifgebühren die erste Stelle ein, während die zweite von Böhmen mit 1.094.670 Telegrammen und 491.158 fl. an eingehobenen Tarifgebühren behauptet wird.

— (Kosten im Prozeß Tourville.) Vor wenigen Tagen wurden vonseiten des Vertreters des Henry Tourville die Kosten des Strafverfahrens im Gesamtbetrag von 4842 fl. bei dem Kreisgerichts-Präsidium in Bozen erlegt. Ferner hat Herr Dr. Huber auch für die Kosten der Verpflegung des Tourville im Strafhouse zu Gradisla vom 11. Dezember 1877 bis 31. Dezember 1879 den Betrag von 501 fl. bereits bezahlt.

— (Das Todesurtheil des Honved lieutenants Toth) wegen Mordes an seinem Vorgetheuten, dem Rittmeister Grafen Emerich Szapary, bereits kriegsgerichtlich gefällt, wurde, wie man der

N. fr. B. melbet, von Justizberenry dem Pester Militär-Obergericht unterbreitet und ist nunmehr rechtskräftig. Es wird dem Angeklagten verkündet und sodann vollzogen werden. Wegen des derzeitigen Mangels an einem Henker ist die Begnadigung zu Pulver und Blei wahrscheinlich. Der „Pester Lloyd“ enthält Mittheilungen über die Untersuchung, aus denen hervorgeht, daß Toth an Verfolgungswahn litt. Derselbe ist noch heute der absurden Meinung, Graf Szapary habe allmächtlich Spottartikel in dem bekannten Witzblatt „Vor dem Fante“ über ihn veröffentlicht. Toth erklärt, er beabsichtigte einen Selbstmord, und erst, da Rittmeister Szapary ihm seinen Urlaub verweigerte, habe er plötzlich den Entschluß gefaßt, auf Szapary zu schießen.

— (Die Bismarck-Sitzung.) Aus Berlin wird geschrieben: Der Wunsch, den Fürsten Bismarck zu sehen, hatte am Dienstag schon lange vor Beginn der berühmten Sitzung eine ansehnliche Menschenmenge vor dem Portale des Reichstagsgebäudes versammelt. Die dort stationierten Schutzleute hatten Noth, die begierig harrende Menge vom Bürgersteig abzuhalten, um die Passage frei zu lassen. Endlich erschien das bekannte Geschirr mit den prächtigen Goldsäulen. „Fest müssen wir ihn sehen!“ erklang es unter den Harrenden. Der Wagen fuhr heran, das große Portalthor öffnete sich und zum großen Verdrüß der Umstehenden führte die „Tribüne“ mittheilt, der Reichskanzler in den Raum, um von dort aus sich direkt in den Sitzungssaal zu begeben. Das sofort wieder geschlossene Thor versperrte den Neugierigen jede Aussicht, so daß sie trockenstundenlangen Wartens, wie so viele in diesen Tagen nichts gesehen hatten. — Wie stark das Verlangen nach Billetten zu dieser Reichstagsitzung war, zeigt der Stand, daß einem Diener des Hausesbare hundert Thaler von einem Amerikaner für eine einzige Eintrittskarte geboten wurden. Ebenso wurden anderen im Hause beschäftigten Personen mehrfach 50 Mark geboten. Natürlich ist den Beamten ihre Stellung lieber, als ein unerlaubter Gewinn, und so verlockend diese Angebote auch waren, so konnte den Fremden trotz ihrer Goldkronen von den Dienern doch kein Einlaß gewährt werden. Andererseits hatten sich freilich auch solche Privatpersonen Billetten verschaffen gewußt, welche lieber den Klang des Goldes als die Stimmen im Reichstag hören, und so war trotzdem der Handel mit Billetten ein ganz flotter. Ein reicher schlesischer Gutsbesitzer hat unter anderen für eine Eintrittskarte 100 Mark gezahlt.

— (Stanley's Erforschungsreisen in Afrika) haben dem „New York Herald“ und dem Londoner „Daily Telegraph“, wie man behauptet, 15.000 Dollars gelöst. Der Kongress der Vereinigten Staaten hat Dankesresolutionen für Stanley angenommen, und diese sind, wie ein vom 7. d. M. aus Washington datiertes Telegramm mittheilt, vom Präsidenten der Vereinigten Staaten unterzeichnet worden.

— (Der Schah von Persien) wird sich in Wien nur acht Tage aufzuhalten und sein Incognito streng bewahren, um möglichst unauffällig den Aufenthalt in Wien genießen zu können. Seine Ankunft in Wien ist für die ersten Maitage projektiert.

Lokales.

Aus dem Gemeinderath.

Laibach, 22. Februar.
(Schluß.)

2.) GR. Dr. Kessbacher referiert namens der Polizeiaktion in sehr eingehender Weise über die Reformen im städtischen Armenhause in der Karlsstraße und stellt folgende Anträge:

a) Für die Abtheilung der Männer im hiesigen städtischen Versorgungshause ist ein Wärter und für die Weiberabtheilung sind zwei Wärterinnen zu bestellen;

b) dem Wartpersonale ist die größte Reinlichkeit aufzutragen, ferner ist dafür zu sorgen, daß der Fußboden in sämtlichen Ubicationen zweimal im Monat gereinigt und gegen das Ungeziefer geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Das Sanitätspersonale ist mit der Kontrolle über die Durchführung der getroffenen Maßregeln zu betrauen;

c) es sind für jede Abtheilung eigene Krankenzimmer zu bestimmen, und zwar für die Männer mit vier und für die Weiber mit acht Betten;

d) der städtische, mit der Bejorgung des ärztlichen Dienstes betraute Arzt hat im Falle schwerer Krankheitsfälle täglich, sonst jeden zweiten Tag das Armenhaus zu besuchen;

e) es ist die Einleitung zu treffen, daß für die Kranken eine nach Ausspruch des Arztes zu bestimende Krankenloft im Hause besorgt werde, wobei zwar mit der größten Sparsamkeit vorzugehen ist, aber doch auf Alter der Kranken und Art der Erkrankung Rücksicht zu nehmen ist. Zur Bestreitung der diesbezüglichen Kosten dient einerseits die Verwendung der Brüder der betreffenden Kranken und ein monatlicher Zuschuß aus der Stadtkasse gegen Rechnung der Pfleger;

f) bezüglich einer Naturalverpflegung der barthärzigen Schwestern, an die Leitung der Befüllung

und an andere geeignete Stellen zu richten und das differmäßige Resultat dieser Erhebungen dem Gemeinderath ehesthulicht vorzulegen;

g) der Stadtphysiker ist mit der Absaffung einer Hausordnung zu betrauen, welche unter andern auch Rüchticht zu nehmen hat auf eine den Verhältnissen angepaßte Beschränkung des Ausganges der Pfründner. Diese Hausordnung ist dem Gemeinderath zur Genehmigung vorzulegen;

h) es sind Erhebungen zu pflegen, ob der dem Hause einstens eigenhümliche, vis-à-vis demselben gelegene Garten im Wege des Rückkaufs oder der Pachtung, und unter welchen Bedingungen, zu acquirieren sei, und hierüber unter gleichzeitiger Vorlage eines Kostenvoranschlags für Bepflanzung und Adaptierung des zum Zwecke des Gebrauches der Pfründner hergerichteten Haugartens an den Gemeinderath zu berichten.

GR. Regali: Der Herr Referent erwähnt in seinen Anträgen auch der Nothwendigkeit eines Haugartens für das Armenhaus. Mir wurde von alten Leuten mitgetheilt, daß einst hinter dem Hause am Schloßberge ein ziemlich bedeutender Complex zum Armenhause gehört hat. Derselbe ist jedoch in der Zeit, als Herr Samassa Verwalter des Armenhauses war, spurlos verschwunden. Wohin dieser Schloßberg-antheil gekommen und in welchen Händen er sich jetzt befindet, würde sehr interessant zu erfahren sein, und der Herr Bürgermeister würde mich sehr verbinden, wenn er so freundlich wäre, darüber vielleicht nähere Aufschlüsse zu geben. Dieses Terrain am Schloßberge würde sich ganz gut als Garten für die Pfründner des Armenhauses eignen, man brauchte nur ein paar Terrassen herzustellen. Was die Anträge der Polizeisection im allgemeinen betrifft, so scheint es mir verfrüht, schon heute darüber einen definitiven Beschluß zu fassen. Ich würde daher den Antrag stellen, daß der Bericht der Polizeisection lithographiert an die Herren Gemeinderäthe vertheilt und dann erst in einer der nächsten Sitzungen endgültig darüber beschlossen werde.

GR. Dr. Bleiweis: Die Unordnung im städtischen Armenhause ist so alt, als dieses selbst, und ich muß daher die Uebelstände, welche Herr Gemeinderath Dr. Keesbacher angeführt hat, aus eigener Anschauung vollkommen als wahrheitsgetreu geschilderte bezeichnen. Dr. Keesbacher hat eher zu wenig, als zu viel gesagt. Die Zustände im Armenhause sind so elende, daß viele Pfründner dasselbe lieber verlassen, als daß sie es anstreben, in demselben factisch zu verfaulen. Die Anträge der Section werden den Gemeindesäckel nicht bedeutend belasten, es handelt sich nicht mehr als um einige Hundert Gulden, wodurch den im Armenhause wohnenden Unglücklichen eine halbwegs leidliche Existenz geschaffen wird. Und um dies so rasch als möglich zur Wahrheit werden zu lassen, braucht es meiner Anschauung nach nicht weiterer langwieriger Berathungen. Ich unterstütze daher aus voller Überzeugung die Anträge der Polizeisection.

GR. Regali: Es gibt in unserer Stadt eine sehr große Anzahl von Häusern, deren Inwohner Steuern bezahlen müssen und denen es viel elender geht, was die Behausung betrifft, als den Pfründnern im Armenhause. Gehen Sie, meine Herren, nur in die Wohnungen unserer Vorstädte, und Sie werden sich überzeugen, daß meine Behauptung durchaus nicht übertrieben ist. Ich verwahre mich dagegen, als wollte ich durch meinen Antrag eine Besserung der Lage dieser Bedauernswerttheit vereiteln, ich will nur, daß jedem Gemeinderath die Gelegenheit geboten wird, die Anträge der Section reiflich zu überlegen und dann erst zu entscheiden.

GR. Potočnik: Von den acht vorliegenden Anträgen der Section sind es eigentlich nur vier, welche sofort eine praktische Durchführung erfahren sollen, und die Kosten, um die in den vier Anträgen beantragten Verbesserungen einzuführen, sind so geringe, daß ich mit voller Verhügung dafür stimmen werde. Die anderen Anträge bezeichnen weitergehende Reformen, bleiben aber vorläufig noch im Stadium der Vorberathung, und es wird dem Gemeinderath später noch Zeit endgültig zu entscheiden. Dazu jedoch ist, wenn überhaupt einmal ein Anfang gemacht werden soll, der vorbereitende Schritt nothwendig. Meine Herren, auf der heutigen Tagesordnung steht unter andern auch der Antrag wegen Erbauung einer Schwimmhalle, für welche wir 10,000 fl. votieren sollen. Sie haben die hasträubende Schilderung des Herrn Referenten über die Zustände im Armenhause gehört. Wenn wir also daran gehen sollen, eine so große Summe für die Ge- funden zu votieren, thun wir auch etwas für die alten armen Kranken.

GR. Horak: Ich muß denn doch einige Bemerkungen an die Ausführungen des Herrn Referenten knüpfen, da mir dieselben in vielen Punkten übertrieben zu sein scheinen. Ich wohne seit dem Jahre 1845 in der nächsten Nähe des Armenhauses, und dessen Verhältnisse sind mir vielleicht nicht minder bekannt, als dem Herrn Referenten. Das heutige Armenhaus gehörte früher dem gewesenen Arzte Černic, wurde von der Sparkasse angekauft und der Stadtgemeinde zum Zwecke eines Armenhauses geschenkt. Ich war zu

Zeiten der Bürgermeister Hradecky, Ambrožek und Dr. Costa oft im Armenhause, habe aber stets nur Reinlichkeit gesehen und weiß auch heute, daß die Bewohner desselben nicht mit Ungeziefer behaftet sind, wie der Herr Referent behauptet. Dass die unteren Volkstümern dumpfig sind, mag wol wahr sein, doch gibt es in der Stadt noch viel dumpfigere Wohnungen, für welche man überdies noch Zins bezahlen muß. Dass die Inwohner des Armenhauses so schlecht gestellt wären, ist auch nicht richtig, denn ich weiß sehr genau, daß sehr viele von ihnen Gelder ausgeliehen oder in der Sparkasse angelegt haben. Sonderbar kommt es mir nur vor, daß unter Stadtphysiker alles so schwarz sieht und stets Schilderungen entwirft, als ob Laibach oder Sibirien eins und dasselbe wären. Wenn es den Pfründnern im Armenhause wirklich so schlecht ginge, als man uns erzählt, so würden sie nicht so alt werden, aber selten stirbt einer unter 80 Jahren; man könnte fast sagen, es wird ihnen im Armenhause das Sterben nahezu unmöglich gemacht.

GR. Klun: Ich muß im voraus erklären, daß ich mit den Anträgen der Section vollkommen einverstanden bin. Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um den Umstand, den der Herr Referent in seinem Vortrage erwähnt hat, daß die Pfründner gegen Bezahlung von 10 fr. täglich ins Siechenhaus nicht aufgenommen werden, aufzuklären. Das Siechenhaus ist eine für das ganze Land berechnete Anstalt, und dürfen in dasselbe statutengemäß nur vollständig Unheilbare aufgenommen werden, es kann daher der Leitung dieser Anstalt kein Vorwurf gemacht werden. Besonders befürworten möchte ich den Antrag der Section, daß mit den barthärzigen Schwestern behufs Bepflegung der Pfründner im Armenhause ein Abkommen getroffen werde, da, soviel ich mich erinnere, vor einiger Zeit 1000 fl. unter dieser Bedingung für das Armenhaus versprochen wurden.

GR. Dr. Ritter v. Kaltenegger: Was den Vorschlag der Errichtung von Krankenzimmern betrifft, so möchte ich den Gebrauch derselben nicht zu ausgedehnt wissen. Das Armenhaus ist kein Krankenhaus, und für ihre Kranken steht der Landeshauptstadt ebenso die Benützung des Landesspitals offen, wie den übrigen Gemeinden des Landes. Ein eigenes Spital im Armenhause zu errichten, hieße der Gemeinde zu große Kosten aufzubürden.

GR. Dr. Bleiweis: Ich muß mir nur die Aufklärung erlauben, daß viele im Armenhause aufgenommene an unheilbaren Krankheiten, als Krebs, Tuberkulose &c. leiden. Diese lehren nach dreimonatlichem Aufenthalte im Spital ungeheilts ins Armenhaus zurück. Für diese Kategorie Kranker müßte also ein eigenes Krankenzimmer acquiriert werden, und ein besonderes für Leichfranke.

Referent GR. Dr. Keesbacher: Der vom Gemeinderath Regali erwähnte, hinter dem Hause liegende schmale Gartenstreifen am Schloßberge ist für die Pfründner nicht zu verwenden, da er zu hoch liegt, die Pfründner aber nicht halsbrecherische Promenaden machen können. Der Vorwurf der Ueberstürzung, der den Sectionsanträgen gemacht wurde, ist nicht im mindesten gerechtfertigt, und es hat mein geehrter Herr Kollege Dr. Bleiweis durch seine treffenden Bemerkungen über die Zustände im Armenhause denselben vollständig entkräftet. Der Plan, das Armenhaus in die Realität des Kinderspitals zu verlegen, darf nicht fallen gelassen werden, und ich hoffe, er wird sich unter Mitwirkung des rühmlichst bekannten Wohlthätigkeitsfinnes der Laibacher denn doch realisieren lassen. Gemeinderath Horak hat die Zustände im Armenhause mit rosenfarbenen Brillen angesehen, ich theile dessen Anschauungen nicht, obwohl ich es als ein besonderes Moment dieser Bevölkerungsanstalt gelten lassen will, daß die Inwohner auf dem Wege der Hungerdiät am Leben erhalten werden und nicht sterben können. Dass die Pfründner mit allerlei Sorten Ungeziefers behaftet sind, bin ich erbötzig, Herrn Horak jeden Tag nachzuweisen. Welcher Art die Volkstümern im Armenhause sind, beweist zur Genüge die Thatache, daß unter dem Bette, in dem ein Pfründner schläft, der Untergangslan fließt und kaum einige Zoll hoch mit Brettern eingedeckt ist. Ueberhaupt, meine Herren, wem die Schilderung der Zustände im Armenhause zu übertrieben erscheint, der gehe selbst hin und überzeuge sich.

Bei der Abstimmung wird der Vertagungsantrag des GR. Regali abgelehnt und sämtliche Sectionsanträge angenommen.

3.) GR. Dr. Keesbacher referiert über den die Stadt Laibach betreffenden Sanitäts-Hauptbericht für das Jahr 1876. Referent beantragt: Der Gemeinderath wolle denselben zur Kenntnis nehmen und dem Herrn Stadtphysiker Dr. Kovatsch hieß für die Erkenntung aussprechen. (Angenommen.)

Es wird hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung beantragt und angenommen.

GR. Potočnik interpelliert den Bürgermeister, in welchem Stadium sich die Berathungen der Sanitätsenquête befinden.

Der Bürgermeister beantwortet die Interpellation sofort dahin, daß die Anträge der ersten Section durchberathen, im Plenum der Enquête zum Beschluß erhoben und auch an den Gemeinderath ge-

leitet, von demselben aber mit dem Bescheide, er wolle mir über das Ganze der Enquête-Berhandlungen in Berathung und Beschluß eingehen, rückgestellt wurden; daß weiters auch die Anträge der zweiten Section sowol in ihrem eigenen Schosse als auch in dem Plenum der Enquête durchberathen und nur wegen des vorerwähnten Grundes noch nicht an den Gemeinderath geleitet wurden; daß endlich nur die dritte Section, welche durch den Tod des Herrn Hofrathes v. Roth ihren Obmann verlor, worauf dessen Stellung über Ersuchen des Bürgermeisters der Herr Gemeinderath Potočnik zu übernehmen die Güte hatte, mit der Berathung im eigenen Körper und mit der Berichterstattung an das Plenum der Enquête noch aussteht; daher, wenn dieses letzte Stadium der Arbeit zurückgelegt sein wird, die Ergebnisse der sämtlichen Enquêteberathungen zur Vorlage an den Gemeinderath gelangen werden und damit auch die Enquêtekommission wird aufgelöst werden können.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen und beginnt die geheime.

— (Das Leichenbegängnis) des Franziskanerpäfers, Pater Salvator Pintar, fand gestern nachmittags in solennster Weise statt. Dem Kreuze und der schwarzen umflochtenen Fahne des katholischen Vereins folgten drei Bürger, welche den vom Klerus der Stadt Laibach gespendeten, mit einem schwarzen, mit der Widmung versehenden Bande geschmückten Kranz trugen. Den P. P. Franziskanern schloß sich eine Deputation der P. P. Kapuziner aus Lask an. Den Conduct führte der insulierter Probst Herr Dr. Jarz, umgeben von zahlreicher geistlicher Assistenz. Den mit vielen schönen Kränzen und geistlichen Insignien geschmückten Sarg trugen Bürger der Pfarre Mariä Verkündigung, während zu beiden Seiten des Sarges Bürger mit brennenden Wachssadeln gingen. Dem Sarge folgten zuerst der Herr Fürstbischof Dr. Bočačar mit dem Domcapitel, dem hiesigen und Landklerus, Landeshauptmann Dr. Ritter v. Kaltenegger, Bürgermeister Laskan mit zahlreichen Gemeinderäthen, sowie eine nach Tausenden zählende Menge von Leibtragenden, worunter insbesondere die Insassen der zur Pfarre Mariä Verkündigung gehörigen Dörfer nächst Laibach zahlreich vertreten waren.

— (To des fall) Der I. I. Lieutenant des in Laibach garnisonierenden 12. Artillerieregiments, Herr Johann Wurzinger, ist Samstag in Graz gestorben und wurde gestern nachmittags dafelbst am Friedhofe zu Steinfeld beerdigt.

— (Der Geselligkeitsabend) des hiesigen katholischen Gesellenvereins verließ vorgestern im Salon des Gathhauses „zum Stern“ in sehr animierter Weise. Nahezu sämtliche Mitglieder mit ihren Familien, im ganzen an hundert Personen, waren anwesend. Declamationen wechselten mit Gesangsvorträgen ab, und der reich ausgestattete Glückshafen warf einen Reingewinn von 15 fl. ab, welche zu Vereinszwecken verwendet werden.

— (Zur Theaterfrage) Wie bekannt, wurde das deutsche Theater in Laibach vor ungefähr einem Monate für die kommende Saison 1878/79 ausgeschrieben, und haben sich auf Grund dessen die von uns fürzlich genannten fünf Theaterdirektoren um dasselbe beworben. Der kroatische Landesausschuss ist gegenwärtig mit den diesbezüglichen Verhandlungen beschäftigt und hat sich daher diesertage an das hiesige Theatercomit mit der Aufforderung gewendet, hinsichtlich der dem kommenden Theaterdirektor seitens der Logenbesitzer und Theaterfreunde in Laibach zu gewährenden Subvention eine bindende Erklärung abzugeben, um auf Grundlage derselben den Vertragsabschluß mit dem die besten Garantien bietenden Bewerber vornehmen zu können. Da nun das gegenwärtig fungierende Theatercomit mit dem Schlusse der jetzigen Saison sein Mandat einerseits für abgelaufen betrachtet, andererseits aber auch, wie uns bestimmt versichert wird, in seiner Mehrheit entschlossen ist, eine Wiederwahl entschieden abzulehnen und die Besorgung der für die nächste Saison nothwendigen Schritte einem neuen Comit zu überlassen, so wurde zur Wahl desselben sowie zur Festsetzung der an den Landesausschuss zu erstattenden Neuherzung auf Sonntag vormittags eine Versammlung ausgeschrieben, die jedoch, wie wir gestern mittheilten, wegen zu geringer Beteiligung leider nicht zu stande kam. Angeichts des regen Interesses, das man in der deutschen Bevölkerung Laibachs der Theaterfrage stets entgegenbringt, glauben wir wol annehmen zu können, daß das Richtzustandekommen der erwähnten Versammlung nicht so sehr in einer verminderten Antheilnahme an der Theaterfrage, als vielmehr in der geringen Publicität zu suchen ist, die man der Einladung zu dieser Versammlung zu geben bemüht war, indem infolge dessen tatsächlich ein großer Theil des Publikums von der 24 Stunden zuvor durch ein Inserat erfolgten Ausschreibung keine oder nur verspätete Kenntnis erhielt. Da jedoch die Zeit zur Beschlusshaffung drängt und das Comit zuversichtlich noch im Laufe dieser Woche die Versammlung erneut einberufen wird, so erlauben wir uns über Wunsch des ersten, auch an dieser Stelle auf dieselbe aufmerksam zu machen und im Hinblide auf die Wichtigkeit der hiebei zur Berathung und Schlusshaffung gelangenden Fragen alle Logenbesitzer und

